

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Geschäftsstand
für beide Teile ist Calw

Calwer Tagblatt

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 35 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 35 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oeffschläger'schen
Buchdruckerei

Nr. 148

Donnerstag, den 29. Juni 1933

Jahrgang 106

Reichsminister Dr. Goebbels in Stuttgart

Am Ende der Auflösung der Parteien steht der nationalsozialistische Einheitsstaat

Stuttgart, 29. Juni. Reichsminister Dr. Goebbels hat gestern der Landeshauptstadt Stuttgart, der württembergischen Staatsregierung und dem Süddeutschen Rundfunk, dessen Chef er bekanntlich ist, einen Besuch ab. Bei der Ankunft in Böblingen erwarteten den Reichsminister der Statthalter, der Ministerpräsident und die Minister der Staatsregierung sowie führende Männer der NSDAP und des Süddeutschen Rundfunks. Nach Einnahme eines Imbisses im württ. Staatsministerium besah sich Minister Dr. Goebbels, von einer großen Menschenmenge begeistert begrüßt, ins Haus des Deutschtums, wo der Rundfunk seinen Sitz hat. Der Minister hielt dort nach Begrüßung durch den Intendanten eine Rede, in der u. a. ausführte:

„Das, was wir die deutsche Revolution nennen, vollzieht sich in diesen Wochen und Monaten mit einer fast unheimlichen inneren Dynamik, mit einer Geschwindigkeit ohne Gleichen. Wir durchleben einen der größten Zeitabschnitte, die es jemals in der deutschen Geschichte gegeben hat; er findet seine innere Größe darin, daß sich ein Volk zum Volk findet. Die nationalsozialistische Bewegung hat niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß sie den alten Parteienstaat als verhängnisvoll und schädlich für die Zukunft der deutschen Nation ansehe, und daß deshalb ihr erstes Werk darin bestehen müßte, diesen Parteienstaat zu entfernen. Das, was wir die Gleichschaltung nennen, Gleichschaltung der Parteien, der Länder und der Organisationen und letzten Endes auch der Menschen, ist eigentlich nichts anderes als die Uebertragung der Geschicklichkeit, die der nationalsozialistischen Revolutionsbewegung innewohnt, auf die Geschicklichkeit des Staates und aller menschlichen Bindungen. Die nationalsozialistische Bewegung ist weder blinder Diener der Masse noch glaubt sie, arrogant übergeblüht über der Masse stehen zu können.“

Für uns ist die Masse Rohstoff, den wir zum Volke formen. Dazu gibt es die verschiedenartigsten Mittel; das Mittel der unmittelbaren Beeinflussung, der Propaganda, der Presse, des Rundfunks. Der Rundfunk wird einmal — das ist meine feste Ueberzeugung — der große Lehrmeister der Völker sein. Meine erste Regierungshandlung dem Rundfunk gegenüber habe ich darin gesehen, offen, ehrlich und unumwunden dem Rundfunk seine nationalsozialistisch-revolutionäre Tendenz zurückzugeben. Der Rundfunk muß aktuell sein, d. h. er muß lebendigsten Anteil nehmen am Zeitgeschehen, nicht nur in sich, sondern auch in seiner Vermittlerfähigkeit zwischen Zeitgeschehen und Zeitgenossen. Den Versuchen von Grenzfender, propagandistisch zu arbeiten, haben wir bisher untätig zugehört. Wir wollen diese Entwicklung vorläufig einmal verfolgen, aber nicht um untätig zu bleiben, sondern um im entscheidenden Augenblick unsere Entschlüsse zu fassen und zur Konkurrenz anzutreten.“

Zum Schluss dankte der Minister dafür, daß der Südd. Rundfunk einen guten Namen unter den anderen Sendern in Deutschland habe, und sprach die Mahnung aus, dafür zu

sorgen, daß er zum Nutzen und Frommen des deutschen Volkes verwaltet wird, daß das deutsche Volk in ihm Trost, Ausspannung, Erbauung und Erhebung finde, und daß dadurch der Regenerationsprozeß beschleunigt werde, nämlich daß wir von der Masse zum Volk und vom Volk zur Nation vorbringen können.

Nach dem Besuch beim Süddeutschen Rundfunk sprach Reichsminister Dr. Goebbels im Halbmondsaal des Württ. Landtags zur Presse. Er führte dabei u. a. aus: Das Kraftzentrum der Nation muß auf einheitlicher weltanschaulicher Basis aufgebaut werden. Wenn die Deutschnationale Front sich selbst aufgelöst hat, ist das nur eine logische Entwicklung, und wenn ich dem Zentrum einen guten Rat geben darf: ich glaube, daß es sehr gut daran läge, wenn es seinen Parteiladen selbst zumache. Zudem werden die Nationalsozialisten nicht mehr lange mit verschränkten Armen den Experimenten des Zentrums zusehen. Wenn das Zentrum meine, die katholischen Belange verteidigen zu müssen, so sagen wir: was dem Katholizismus dient, wissen wir selbst. Wir wissen aber auch, was der Nation dient. Die Interessen des Katholizismus sind wahrscheinlich bei uns in besserer Hand als in der Hand des Zentrums. Wenn wir das Zentrum entfernen, tun wir der Kirche nur einen Dienst. Als wir ansetzten, den Marxismus zu vernichten, ist das Zentrum uns in den Arm gefallen. Am Ende der Auflösung der Parteien steht der deutsche Einheitsstaat. Und der wird nationalsozialistisches Gepräge tragen. In 20 Jahren darf es keine andere Weltanschauung mehr geben als die unsere. Wir wollen die einheitliche Kraftentfaltung der deutschen Nation. Und das ist zugleich ein Problem der Außenpolitik. Einer muß im Namen Deutschlands sprechen können und im Namen des letzten Bauern und Proletariats. Adolf Hitler ist heute der unumschränkte Herrscher in Deutschland, aber er ist sich dieser Verantwortung bewußt. Gewiß, wir sind eine Minderheit und wir regieren als Minderheit. Aber wir regieren im Auftrag des Volkes. So vertreten wir eine veredelte Demokratie. Ist diese Form des Regierens, diese Führungs-Hierarchie, durchgeführt, dann wird auch außenpolitisch alles in Ordnung kommen.

Wir haben heute, so bemerkte Dr. Goebbels am Schluss seiner Ausführungen, einen historischen Erinnerungstag: Den Gedenktag an das Diktat von Versailles. Wenn wir auf dem Grund einer innerlich gefestigten Führungshierarchie weiter arbeiten, dann wird es dahin kommen, daß man das deutsche Volk nicht mehr aus dem Kreis der Völker ausschließen wird. Das ist auch der Sinn unserer 14-jährigen Leidenszeit. Die Welt wird ein Einsehen haben müssen, wenn sie sich nicht selbst aufgeben will. Sie wollen uns in Versailles ans Kreuz schlagen, aber sie werden erkennen müssen, daß wir von den Toten auferstehen werden. — Der Minister trat nach Beendigung seiner Rede sofort die Rückreise nach Berlin an.

Während wir um die Jahrhundertwende noch etwa 2 Millionen Geburten im Jahre hatten, sind es heute nur noch rund 975 000. Das deutsche Volk ist zum Eins, ja Kleinfinder-system übergegangen. Der Rückgang der Sterblichkeit im volksbiologischen Gesamthaushalt unseres Volkes reicht nicht mehr aus, um die Erhaltung des Bevölkerungsbestandes zu sichern. Nur die ländlichen Gemeinden haben noch einen geringen Geburtenüberschuß, der aber nicht mehr ausreicht, um den Verlust in den deutschen Städten zu ersetzen. Unser Volk geht unweigerlich einer stark Ueberalterung und Vergreisung entgegen.

Doch es ist nicht nur die Zahl, die zu denken Anlaß gibt, sondern im gleichen Maße die Güte und Beschaffenheit unserer deutschen Bevölkerung. Es gibt Autoren, die bereits 20 Prozent der deutschen Bevölkerung als erbbiologisch geschädigt ansehen, von denen dann Nachwuchs nicht mehr erwünscht sei. Es kommt hinzu, daß gerade oft schwachsinrige und minderwertige Personen eine überdurchschnittlich große Fortpflanzung aufweisen. Das bedeutet, daß die begabtere wertvolle Schicht von Generation zu Generation abnimmt und in wenigen Generationen nahezu völlig ausgestorben sein wird. Die Abwanderung von dem Lande in die Städte, aus dem Osten nach dem Westen hat bereits in einigen Landkreisen des Ostens zu einem merklichen Bevölkerungsrückgang geführt, so daß trotz der vorhandenen Arbeitslosigkeit die Gefahr der Zuwanderung von Fremdstämmigen im Osten besteht. In gleichem Maße müssen wir die fortschreitende Massenmischung und Rasseneintartung unseres Volkes mit Sorge verfolgen.

Zur Erhöhung der Zahl erbgesunder Nachkommen haben wir zunächst die Pflicht, die Ausgaben für soziale, minderwertige und hoffnungslos Erbkrante herabzusetzen und

Tages-Spiegel

Reichsminister Goebbels wollte gestern nachmittag zu einem Besuch der Staatsregierung und des Süddeutschen Rundfunks in Stuttgart.

Reichskanzler Hitler wird in den nächsten Tagen mit dem Reichspräsidenten das Rücktrittsgesuch Eugenbergs besprechen.

Vor dem Vorstand des Vereins Deutscher Zeitungsverleger sprach Reichskanzler Hitler über die Aufgaben der Presse.

In der nächsten Zeit wird durch Hilfsgruppenbeamte die Grenz-aufsicht verstärkt werden.

In Mainz kam es erneut zu Demonstrationen der Bevölkerung vor den Wohnungen verschiedener als Separatisten bekannter Personen.

Sonderposten beabsichtigt, in nächster Zeit nach Berlin, Rom und Paris zu gehen, um die Schwierigkeiten auszugleichen, die sich noch bei der Abrüstung entgegenstellen.

die Fortpflanzung der schwer erblich belasteten Personen zu verhindern. Mit der Ausmerzung und Auslese ist jedoch noch nichts erreicht, wenn wir nicht durch positive bevölkerungspolitische Maßnahmen die Familiengründung und die ausreichende Fortpflanzung der wertvollen, erbgesunden deutschen Menschen erreichen. Die bisherige Gesetzgebung und Praxis hat zu einer Bevorzugung der Kinderlosen und Kinderarmen geführt. Es ist höchste Zeit, daß wir an die Lösung dieses Problems mit Energie herangehen und durch Familienlastenausgleich Wandel schaffen. Die vorhandenen gesetzlichen Bestimmungen sind auf ihre familienfeindliche Wirksamkeit hin nachzuprüfen und eine familienfreundliche Gesetzgebung ist in Angriff zu nehmen. Es muß ermöglicht werden, für Einkommenssteuerpflichtige durch stärker gestaffelten Steuernachlaß in Prozenten der Steuer einen fühlbaren Ausgleich zu schaffen. Ebenso muß die Befoldung der Beamten nach dem Familienstand und der Kinderzahl noch wirksamer abgestuft werden. Es müßte etwa ausgeglichen werden von dem Gehalt, das ein Beamter zur Unterhaltung von drei bis vier Kindern benötigt, um es je nach der Kinderzahl nach unten und oben zu staffeln. Während die freien Berufe und der gewerbliche Mittelstand wie alle Unternehmerkreise durch einen wirksamen Steuernachlaß erfaßt werden könnten, gibt es bei Angestellten und Lohnempfängern nur die Möglichkeit, den Ausgleich durch Ausgleichsklassen zu schaffen, in die alle nach Maßgabe ihres Einkommens Beiträge zu zahlen oder je nach der Höhe der Kinderzahl einen Ausgleich zu erhalten hätten.

Der Reichshaushalt 1933/34

Berlin, 29. Juni. Der Reichshaushaltsplan für 1933/34, der am 1. Juli in Kraft treten wird, schließt nach Angaben des „Völkischen Beobachters“ in Einnahmen und Ausgaben mit 5 927 499 050 RM ab. Das bedeutet gegenüber dem Haushalt des Vorjahres trotz umfangreicher Maßnahmen zu produktiver Arbeitsbeschaffung eine Senkung von 1050 Millionen RM. Hieraus geht hervor, daß alle Ausgaben sehr sorgfältig geprüft worden sind. Dabei sind die Reichssteuerüberweisungen für die Länder noch um 58 Mill. RM höher als das Ist-Aufkommen im Jahre 1932 angelegt worden, und zwar mit 1781 Mill. RM. Das Gesamtaufkommen an Steuern und Zöllen für das Reich ist auf 5221 Mill. RM geschätzt worden, doch gehen davon 132 Mill. RM an Sonderüberweisungen für die Länder ab. Zum erstenmal ist in einem Reichshaushalt das Ziel der Arbeitsbeschaffung wieder in den Vordergrund gestellt worden. Es ist anzunehmen, daß Reichsfinanzminister Graf Schwerin-Krosigk nach endgültiger Verabschiedung des Reichshaushaltsplans der Öffentlichkeit die Grundzüge mitteilen wird, von denen er sich bei der Aufstellung des neuen Haushaltes hat leiten lassen.

Um Eugenbergs Rücktritt

Vortrag Hitlers bei Hindenburg bevorstehend

Berlin, 29. Juni. Wie die Telegraphen-Union erfährt, wird sich Reichskanzler Hitler in den nächsten Tagen nach Meudon begeben, zu einer Aussprache mit dem Reichspräsidenten über die mit dem Rücktrittsgesuch des Reichsministers Dr. Eugenberg zusammenhängenden Fragen.

Deutsche Staatspartei aufgelöst

Die Reichsführung der Deutschen Staatspartei gibt folgende Erklärung ab: Die Deutsche Staatspartei wird hiermit aufgelöst. Sämtliche Landesverbände, Wahlkreisorganisationen und Ortsgruppen sowie alle Nebenorganisationen haben damit zu bestehen aufgehört.

Gegen Versailles

Berlin, 29. Juni. Im ganzen Deutschen Reich fanden am Mittwoch, dem Tage der Unterzeichnung des Versailler Friedensdikts, große Kundgebungen statt, die den Protest des deutschen Volkes gegen den Schmachfrieden zum Ausdruck brachten.

Auf einer im Sitzungssaal des Reichstages in der Krolloper vom Arbeitsausschuß deutscher Verbände veranstalteten Kundgebung erklärte der Leiter des außenpolitischen Amtes der NSDAP, Reichsleiter Alfred Rosenbergs, daß die Gegenseite ihren Friedensvertrag, auf Grund dessen Deutschland die Waffen niederlegte, gebrochen habe und daß folglich der Versailler Vertrag moralisch unhaltbar und auch unredemäßig zustande gekommen sei. Er schilberte sodann die entwürdigenden Friedensbedingungen und erklärte weiter: Während die deutsche Nation Hunderte von Forderungen immer wieder erfüllt hat, weigert sich die Gegenseite noch immer, einer klaren Verpflichtung nachzukommen.

Wenn heute die anderen Staaten nicht abrücken, so seien sie ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen. Sie hätten also mit der Revision der Verträge begonnen, ihre eigenen Verträge verletzt und daher jedes Recht verloren, weitere Forderungen zu erheben.

Bevölkerungs- und Rassenpolitik

Berlin, 29. Juni. In der ersten Sitzung des Sachverständigen Rates für Bevölkerungs- und Rassenpolitik hielt Reichsinnenminister Dr. Frick eine Ansprache, in der er u. a. ausführte: „Deutschland ist das Land, das sowohl während des Krieges wie nach dem Kriege den bedrohlichsten Ausfall an Geburten zu verzeichnen gehabt hat.“

Das Ende der Parteien

Der Dienstag dieser Woche hat die nationale Revolution wieder um einen gewaltigen Schritt vorwärts gebracht. Die Deutschnationale Front hat ihre Selbstauflösung beschlossen und der Reichskanzler Adolf Hitler hat als Führer der NSDAP den in der Deutschnationalen Front stehenden Männern die Hand gereicht zu gemeinsamem Kampfe. Schon am Vormittag war der Deutschen Staatspartei das Verbot weiterer Betätigung mitgeteilt worden. Die Deutsche Volkspartei, deren einziger Parlamentarier Parteiführer Dingeldey selbst war, steht nur noch auf dem Papier, so daß nur noch als einzige Partei das Zentrum vorhanden ist. Sein bayerisches Anhängsel, die Bayerische Volkspartei, ist durch die Verhaftung aller führenden Männer aktionsunfähig geworden und dürfte kaum wieder aktionsfähig werden. Das Zentrum ist durch die Uebernahme der Christlichen Gewerkschaften in die Deutsche Arbeitsfront und durch die Ablegung der christlichen Gewerkschaftsführer ebenfalls nicht unerheblich geschwächt und die Reklamierung der katholischen Arbeitervereine, die bisher als Zentrumsorganisationen angesehen wurden, durch Erzbischof Kardinal Bertram für die katholische Kirche zeigt, daß man auf der katholischen Seite der politischen Entwicklung Rechnung zu tragen gewillt ist und offenbar mit einem Ende des politischen Katholizismus rechnet, wie er in der Zentrumsperiode seit Jahrzehnten bestanden hat. Maßgebende Zentrumsführer haben jedenfalls ebenso wie maßgebende Führer der NSDAP von der Möglichkeit einer Auflösung des Zentrums gesprochen, wenn auch zunächst nur theoretisch, und vielleicht tut das Zentrum einen ähnlichen Schritt, wie ihn die Deutschnationale Front bereits getan hat. Der Christlich-sozialen Volksdienst führt seit Monaten nur noch ein Schein-dasein, und die kommissariellen Eingriffe in die evangelische Kirche haben ihn seiner letzten Stütze beraubt.

Die Parlamente bilden nach dem Ausschluß der Marxisten und der Staatspartei nur noch Torjos. Die Eingliederung der deutschnationalen Parlamentarier in die nationalsozialistischen Fraktionen bewirkt in Ost- und Norddeutschland, daß fast überall nur noch eine Fraktion in den Kommunal- und Provinzparlamenten besteht. Im Westen bestehen daneben noch Zentrumsfraktionen, die aber nach dem Ausfall der Marxisten und der damit erfolgten Verminderung der Mandate eine Minderheit bilden und größtenteils zur Einflußlosigkeit verurteilt sind. Auf parlamentarischem Gebiet hat die NSDAP also nunmehr ihren Totalitätsstandpunkt durchgesetzt. Die jetzigen Parlamente sind in einem Staate, der das Führerprinzip zum obersten Gesetz erhoben hat, nur noch beratende Gremien. Sie haben ihre einstige Bedeutung restlos verloren und werden sie nie mehr erhalten. An ihre Stelle wird vielmehr nach Beendigung des berufsständischen Aufbaues das Ständeparlament treten, das dann das politische Forum der Reichsregierung und die wirkliche Vertretung des deutschen Volkes sein wird. Der Neubau des Deutschen Reiches nach den neueren gesünderen Prinzipien, als sie der Parlamentarismus unseligen Gedenkens gegolten hatte, ist in vollem Gange. Die großartige Einigung des deutschen Volkes, die Reichskanzler Adolf Hitler seit 1920 erstrebt, und die er am 30. Januar 1933 auf staatlicher Basis weiter betreiben konnte, macht Riesenschritte, und der Tag ist nicht mehr fern, da alle schaffenden Deutschen an einem Strang ziehen und ihren Blick auf ein Ziel gelenkt haben: die deutsche Einheit und Freiheit.

Brigade Erhard der Reichsführung der SS unterstellt
Kapitän Erhard hat seinen Eintritt in die NSDAP vollzogen und hat sich mit seinem Wehrverband, der Brigade Erhard, dem Reichsführer der SS unterstellt.

Aufforderung zu Schlichtheit und Einfachheit

Nudolf Heß, der stellv. Führer der NSDAP, veröffentlicht im „Völkischen Beobachter“ einen Aufruf an die Nationalsozialisten, in dem es heißt:
„Mit eiserner Energie geht der Führer der Bewirklichung des gewaltigen Planes der Beseitigung der Arbeitslosigkeit zu Werke. Die Arbeitslosenzahl fällt von Monat zu Monat. Bereits ist sie um über eine Million geringer als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Nichtsdestoweniger kann der Wiederaufbau einer durch fünfzehn Jahre sanftlich zerstörten Wirtschaft nur langsam erfolgen. In seinem Aufruf bei Regierungsantritt forderte der Führer vier Jahre Zeit. Demgemäß ist die Not im Volke heute noch groß. Alle Parteigenossen und Parteigenossinnen haben dieser Not durch Schlichtheit und Einfachheit auf allen Gebieten Rechnung zu tragen. Den Amtswaltern und Führern der Bewegung wird dies zur Pflicht gemacht. Ihnen wird insbesondere die Teilnahme an sogenannten „Festessen“ untersagt. Sie haben sich auch hierin den Führer zum Vorbild zu nehmen, der grundsätzlich die Abhaltung von Festessen zu seinen Ehren sich verboten hat und dessen Schlichtheit unverändert bleibt. Nationalsozialisten, beweist, daß der revolutionäre Geist in euch durch den Sieg der nationalsozialistischen Revolution nicht erstarrt. Zeigt, daß ihr nichts gemein habt mit den gesellschaftlichen Auswüchsen einer vergangenen Zeit. Zeigt, daß mit dem Nationalsozialismus ein neuer Stil in Deutschland seinen Einzug hielt.“

Verbot von Straßensammlungen

Das Reichsministerium des Innern gibt folgendes bekannt: „In der letzten Zeit haben die Straßensammlungen, deren Ertrag zu politischen Zwecken oder zur Verwendung durch politische Organisationen bestimmt ist, vielfach zu Unzuträglichkeiten geführt, gegen die mir ein Einschreiten im Interesse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung notwendig und wünschenswert erscheint. Ich gestatte mir daher die Anregung, derartige Sammlungen von Haus zu Haus, auf Straßen oder Plätzen, in Gast- und Vergnügungssälen oder an anderen öffentlichen Orten allgemein zu verbieten.“

Bestellen Sie das Calwer Tagblatt!

Die kirchliche Lage in Preußen

Der des Amtes enthobene ehemalige Oberkirchenrat in Berlin hat wegen der vom preussischen Kultusminister einseitigen kommissariell getroffenen Anordnungen gegenüber der evangelischen Kirche der Altpreußischen Union Klage beim Staatsgerichtshof eingereicht.

Der Staatsbeauftragte für die evangelischen Kirchen in Preußen, Jäger, sprach im Rundfunk über die kirchliche Lage in Preußen. Er führte u. a. aus: Das Vorgehen des Staates in der Kirchenfrage bedeutet nicht einen Eingriff des Staates in das religiöse Leben. Der Staat fühlt vielmehr die Verpflichtung, helfend und ordnend einzugreifen, um die Voraussetzung für die Regelung der kirchlichen Fragen zu schaffen.

Die Gesamtlage von Volk, Staat und Kirche fordert die Beachtung folgender Gesichtspunkte: Das den evangelischen Bekenntnissen eigentümliche Glaubensleben sowie die religiösen und kirchlich wertvollen Einrichtungen in den einzelnen Gemeinden und Kirchen sollen keineswegs gehehmt oder angetastet werden. Die Eingliederung deutscher Art und deutschen Volkstums in die Kirche, wie sie von der nationalen Bewegung mit Recht gefordert wird, soll den Glauben der Väter und die Verehrung Gottes nicht etwa verkleinern oder durch andere, dem christlichen Glauben nicht angemessene Elemente ersetzen, sondern vielmehr diesen christlichen Glauben verdeutlichen, klären und dem Volk insbesondere in seinem der christlichen Idee fremden Teil den christlichen Glauben näher bringen und aufs neue lieb und wert machen. Sie soll der nationalen Bewegung den menschenwürdigen religiösen und kirchlichen Unterbau liefern und Kirche und Volk sich aufs neue finden lassen.

Wir stehen in einem großen Werk. Es kann nicht geduldet werden, daß die Vollendung von Kräften hintertrieben wird, die „Kirche“ sagen und die Welt meinen. Das trifft auch zu auf den Versuch einer Klageerhebung nach dem Beispiel Severings. Der Staat kann im Interesse seiner hohen Aufgabe solche Widerstände nicht dulden, sondern muß sie als Revolte, gerichtet gegen die Staatsautorität, betrachten und niederschlagen.

Massenversammlungen der Deutschen Christen in Berlin

In Berlin warben in 19 Massenversammlungen die „Deutschen Christen“ für Einheit, Reinheit und Volkverbundenheit der Kirche. In allen Gegenden vereinigte sich die evangelische Bevölkerung, um vom Wesen der Kirche und ihren Aufgaben zu hören. Freudiger Stimmung und froher Erwartung, so wird berichtet, harrte man in den überfüllten Räumen. Alle Gleichgültigkeit an Kirchendingen schien überwunden. Dem Erwachen der Nation ist der Ausbruch des evangelischen Kirchenvolkes gefolgt.

Pfarrer Hossensfelder führte u. a. aus: Kirche kann nur sein, wenn Nation ist. Ein Staat, der leben will, muß sich um die Kirche kümmern und darf nicht zusehen, daß Mächte, die diesen Staat gar nicht wollen, die für ihn gar nicht gekämpft haben, noch weiter die Hand auf dieser Kirche halten. Es kommt darauf an, daß dem braunen Mann, der den Glauben an sein Vaterland hat, auch der Glaube an den lebendigen Gott geschenkt wird. Denn das hat er verdient. Ein Staat, der ein nationalsozialistisches Ethos hat und es verbindlich erklärt, muß auch dieses nationalsozialistische, aus Glauben gewordene Ethos verbindlich erklären für die Kirche. Weil es einen Staat gibt, der „Ja“ sagt zur Kirche, muß es auch eine Kirche geben, die „Ja“ sagt zum Staat.

Das Sakreuz auf kirchlichen Gebäuden

Der evangelische Pressedienst in Berlin teilt mit: Um der tiefen Verbundenheit der Kirche mit dem nationalen Staat, unter dessen starkem Schutz ihr irdischer Bestand die ruhige Ordnung zu ihrem neuen Aufbau und damit die freie Verfühlung des Evangeliums an das deutsche Volk für alle Zukunft gewährleistet ist, sichtbaren Ausdruck zu verleihen, hat der evangelische Oberkirchenrat in Berlin folgende Anordnung erlassen:

Bei allen festlichen Anlässen in Kirche und Staat sind hinfür außer der Kirchenfahne auf den evangelischen Kirchen und kirchlichen Gebäuden die Hoheitszeichen des Reiches, Schwarz-Weiß-Rot und Sakreuzfahne, zu hissen.

Die Verschleppung der Abrüstungsfrage

Aus Kreisen der Abrüstungskonferenz wird zum Berichtungsbeschluss des Präsidiums mitgeteilt:

Die englisch-französischen Pläne haben sich in Genf vollständig durchgesetzt. Der ursprünglich im Juni vom Hauptauschuss beschlossene Beginn der Lesung des englischen Abrüstungsabkommensentwurfes ist vom Präsidium auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben worden. Der deutsche Widerstand fand auf keiner Seite Unterstützung. Henderson hat lediglich mitgeteilt, daß die englische, französische und amerikanische Regierung und die Mächte der Kleinen Entente ihm die formelle Zustimmung gegeben hätten, in der Vertagungspause in private Besprechungen zur Klärung der großen grundsätzlichen Streitfragen einzutreten. Mit diesem Vorwand hat Präsident Henderson die Vertagung der Abrüstungskonferenz bis zum 16. Oktober durchgesetzt.

Damit ist für Deutschland eine neue außerordentlich ernste Lage von großer Tragweite geschaffen worden, die die Geduld Deutschlands von neuem auf eine schwere Probe stellt. Die Verantwortung für den ergebnislosen Verlauf der Londoner Besprechungen liegt ausschließlich bei den übrigen Großmächten. Angesichts der bisherigen Erfahrungen scheint es jedoch außerordentlich zweifelhaft, ob die übrigen Mächte ihre gegenüber Henderson festerlich eingegangene Verpflichtung tatsächlich einhalten werden. Sollte dies bis Mitte Oktober nicht geschehen sein, so wird im Herbst lediglich der völlige Zusammenbruch der Abrüstungskonferenz festgestellt werden müssen.

Bereinigungen Schachts mit den langfristigen Gläubigern

Reichsbankpräsident Dr. Schacht ist wieder in London eingetroffen. In der City fanden Verhandlungen mit den langfristigen Gläubigern statt. Dr. Schacht erklärte sich ein-

verstanden, daß Devisen, die in den nächsten sechs Monaten zur Verfügung der Reichsbank gelangen, zur Bezahlung eines Teilbetrages jeder Kuponzahlung benutzt werden sollen, die vom 1. Juli bis 31. Dezember fällig ist. Die Höhe des Teilbetrages wird einzeln von der Reichsbank vor dem 1. Juli mitgeteilt werden. Man hofft, daß nach Ablauf der sechs Monate eine volle Zinszahlung möglich ist. Es wurde festgelegt, daß die Frage der nicht übertragenen Zahlungen, die sich in der Sperrkasse anhäufen, von einem kleinen Ausschuss behandelt werden soll, den Dr. Schacht zu Beginn der nächsten Woche einberufen wird.

Die Städte Badens schaffen Flugzeuge an

Aus Mannheim wird berichtet: Der entrüstete Widerhall der Bevölkerung in allen Teilen Deutschlands, den die letzte Hoheitsverletzung des deutschen Luftraumes durch ausländische Flugzeuge gefunden hat, beweist, daß sich die Bevölkerung der drohenden Gefahr eines feindlichen Fliegerüberfalles voll und ganz bewußt ist. Landesgruppenführer Schlerf in Mannheim hat dem „Sakreuzbanner“ einen Aufruf zugehen lassen, in dem es u. a. heißt: „Wenn wir rasch zu einem Ziel — gemeint ist die Ausübung des Flugsports in allen Kreisen der Bevölkerung — kommen wollen, dann müssen die Städte Badens durch Stiftungen von Flugzeugen und Anlegung von Flugplätzen ohne Zeitverlust jetzt helfen. Es ist zu hoffen, daß der Wunsch des Reichsstatthalters zu sofortiger Anschaffung der Sportflugzeuge durch die Städte unverzüglich in Erfüllung geht.“

Wie das genannte Blatt weiter mitteilt, hat der Mannheimer Oberbürgermeister Renninger sofort seine ganze Kraft eingesetzt, den großartigen Plan zu verwirklichen. Innerhalb weniger Tage gelang es, einen Betrag von etwa 30 000 Mark zusammenzubringen, womit der Grundstock für die Aufbauarbeit gelegt ist. In hochherziger Weise haben es die Kreise der Industrie und des Handels durch Stiftungen ermöglicht, daß Mannheim als erste deutsche Stadt in den Besitz eines Eigenflugzeuges kommt. — Für das Land Baden rechnet man damit, daß etwa 25 bis 30 Flugzeuge zum Preise von 10 000—15 000 Mark angeschafft werden können. Diese sollen zur Ausbildung von Jungfliegern dienen.

Politische Kurzmeldungen

Der Reichspräsident empfing anlässlich des Festes der Jugend die Schulkinder des Dorfes Neudeck, die ihm eine Ehre bereiteteten. — Staatssekretär Meißner ist zum Vortrag über die politische Lage nach Neudeck gefahren, heute wird der Reichspräsident in Neudeck den scheidenden englischen Botschafter empfangen. — Der Reichskanzler empfing den Ehrenpräsidenten der Deutschen Beamtenschaft, Reichsstatthalter Sprenger und seine engsten Mitarbeiter. Im Verlauf der Besprechung erhielt der Reichsstatthalter den Auftrag, seine Maßnahmen im Interesse des Ganzen fortzusetzen. — Die Selbstauflösung der Deutschnationalen Front wird von der Berliner Presse allgemein begrüßt und als logische Folge der Entwicklung zum nationalen Zusammenschluß bezeichnet. — Der bayerische Wirtschaftsminister Graf Duadt hat seinen Rücktritt erklärt wegen der „Belastung der Beziehungen“ zwischen den amtlichen Stellen und den politischen Kreisen, aus denen er kam. Graf Duadt ist Reichstagsabgeordneter der Bayerischen Volkspartei. — Der preuß. Minister des Innern, Goering, hat in einem Rundschreiben an alle Polizeibehörden betont, daß die Zusammengehörigkeit der Polizei mit den nationalen Verbänden auch äußerlich in einem gegenseitigen Grußverhältnis ihren Ausdruck finden müsse und daher bestimmt, daß die Polizeibeamten und Angehörigen der nationalen Verbände den Gruß wechseln. — Nach einem Rundschreiben des preuß. Ministers des Innern über das Betätigungsverbot gegen die SPD. sind Arbeitnehmer, die der SPD. angehören, als staatsfeindlich im Sinne des Gesetzes über Betriebsvertretungen und über wirtschaftliche Vereinigungen vom 4. April 1933 anzusehen. — Der preuß. Minister des Innern hat den Regierungspräsidenten in Münster, Dr. Pünder, von seinen Dienstgeschäften beurlaubt. — In Hannover wurde eine große Protestkundgebung gegen die in Genf erhobenen Angriffe auf die deutsche Arbeiterabordnung durchgeführt, an der etwa 150 000 Arbeiter teilnahmen. — Die Tageszeitung „Der Deutsche“ wird ab 1. Juli als Zentralblatt der Deutschen Arbeitsfront unter der Herausgeberschaft des Führers der Deutschen Arbeitsfront, Dr. R. Ley, erscheinen. — In Mainz wurden 20 ehemalige Separatisten von der Polizei aus ihren Wohnungen gefolgt und in Schutzhaft genommen. Vizekanzler von Papen wird zusammen mit dem Botschafter von Hassell nach Rom reisen; er wird hier Besprechungen mit dem Vatikan über kirchliche Fragen haben. — Die Saarbrücker Zeitung ist von der Regierungskommission des Saargebietes auf die Dauer einer Woche verboten worden, weil sie gegen die Beeinträchtigung der Willensfreiheit der Saarbevölkerung zugunsten der französischen Propagandapolitik Einspruch erhoben hatte. — Die christlichen Gewerkschaften in Danzig wurden von der NSD. übernommen. — Der Danziger Landesführer der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot, Rechtsanwalt Weisse, hat durch Sonderbefehl vom 22. Juni den Kampfring aufgelöst. Die Partei hat diesen Schritt gebilligt. — Sechs niederösterreichische NSDAP-Abgeordnete wurden unter „Hochverratsverdacht“ ins Wiener Landesgerichtsgefängnis übergeführt. — In London fanden an einem Tage siebenmal kommunistische Demonstrationen vor der Deutschen Botschaft an der Carlton-Terrasse statt. Schließlich zog ein Polizeiaufgebot vor der Botschaft auf, um ein Eindringen der Kommunisten zu verhindern. — Im englischen Unterhaus wurde der Antrag gestellt, die ungarischen Gebiete, die sich unter fremder Oberhoheit befinden, an Ungarn wieder anzuschließen. — Macdonald wird voraussichtlich noch in dieser Woche eine Vollziehung der Weltwirtschaftskonferenz einberufen, sobald der erste Währungsausschuss eine Entscheidung über die unmittelbar notwendigen Finanzmaßnahmen angenommen hat. — Das estnische Parlament gab nach einer stimmungsetzenden Sitzung sein Einverständnis zu einer Regierungsverordnung, nach der Estland den Goldstand verläßt.

